

Welche Zukunft für Chinas Militär?

Aus chinesischen Zeitschriften der Jahre 2008 bis 2010

Jost Wübbeke

Das aufsteigende China modernisiert sein Militär und rüstet auf. Dabei sorgen seine Rüstungsinvestitionen international für Unruhe. Der Westen kritisiert vor allem die unzureichende Transparenz der Streitkräfte. Zugleich engagiert sich China zunehmend bei internationalen Friedenseinsätzen im Rahmen der Vereinten Nationen (VN). In einer sich ständig verändernden Welt stellt sich die Frage, welche Rolle das Militär in der Sicherheits- und Außenpolitik spielen soll. Chinesische Experten debattieren über den notwendigen Umfang von Rüstung und Modernisierung, über vertrauensbildende Maßnahmen und internationale Friedenseinsätze.

Militärische Supermacht oder nur Großmacht?

Nicht nur unter westlichen, sondern auch unter chinesischen Experten herrscht Uneinigkeit darüber, wie stark die chinesischen Streitkräfte sein sollen. Das zeigt eine Diskussion in der staatlichen Tageszeitung *Global Times*, die für eine vorwiegend nationalistische Sicht auf die internationale Politik bekannt ist. **Sun Peisong**, Direktor des Entwicklungsforschungsinstituts von Lianyungang (Provinz Jiangsu), kritisiert in seinem Beitrag das Buch »Chinas Traum« (2010). Der Militärtheoretiker Liu Mingfu hatte darin gefordert, China müsse die größtmögliche Militärmacht aufbauen. Sun widerspricht dieser Forderung mit dem Argument, das sei die Strategie einer Hegemonialmacht und westlicher Machtpolitik. Mit dem friedlichen Aufstieg Chinas sei dies

jedoch unvereinbar. Außerdem seien die USA so hoch aufgerüstet, dass China zu viele wirtschaftliche Ressourcen aufwenden müsste, um sie zu überholen. Zudem könne eine große Militärmacht eine Nation nicht vor dem Untergang bewahren, wie das Beispiel der Sowjetunion zeige. Sun ist davon überzeugt, dass die künftige Welt durch Kooperation bestimmt sein werde. Daher solle China einige seiner Interessen opfern und sich Interessen der globalen Gemeinschaft zu eigen machen. Ziel sei eine multipolare Ordnung. China solle in Zukunft nicht die Rolle übernehmen, die die USA heute spielten.

Dem widerspricht **Guo Yadong** von einem Forschungsinstitut der Marine. Es sei äußerst riskant, den Aufbau eines schlagkräftigen Militärs zu hemmen. Der Aufstieg großer Mächte sei stets mit Aufrüstung einhergegangen, militärische Stärke seit jeher

eine Stütze der Macht gewesen. Die Gefahr, vom Westen angegriffen oder unterdrückt zu werden, sei zu groß. China benötige ein starkes Militär, um seine »Kerninteressen« in der Taiwan-Frage und den territorialen Streitigkeiten zu wahren. Die Kluft zwischen chinesischem und amerikanischem Militär werde sich verbreitern, wenn China nicht versuche, die größte Militärmacht aufzubauen. Das Militär sei ein wichtiges Instrument für China, um seiner globalen Verantwortung gerecht zu werden.

Vertrauensbildende Maßnahmen: Machtinstrument oder Bindemittel?

Die chinesische Diskussion über vertrauensbildende Maßnahmen (VBM) und Transparenz bewegt sich zwischen der Furcht, dass VBM einen sensiblen Teil der Souveränität berühren, und der Hoffnung, Chinas Außenbeziehungen stabiler gestalten zu können. Dabei ist auffällig, dass VBM je nach Kooperationspartner unterschiedliche Rollen zugeordnet werden.

Wang Hongwei vom Shanghaier Politikinstitut der Polizei befasst sich mit Chinas militärischen Außenbeziehungen. Militärdiplomatie versteht er als ein Anwendungsfeld von »soft power«. Die militärische »hard power« sei die materielle Grundlage der militärischen »soft power«, letztere »Bindemittel« der »hard power«. Durch Nutzung der »weichen« Potentiale des Militärs ließen sich die nationalen Interessen schützen und der internationale Frieden voranbringen. Ressourcen der militärischen »soft power« seien die Werte traditioneller chinesischer Kriegskunst, die defensiv orientierte chinesische Militärpolitik sowie die militärische Modernisierung als Beitrag zum Wohle der internationalen Gemeinschaft. Militärische Kooperation könne helfen, chinesische Normen zu verbreiten und eine gemeinsame internationale militärische Identität zu schaffen.

Nach Meinung von **Xu Jia**, Direktor des Fremdspracheninstituts der Volksbefreiungsarmee, verbergen sich hinter den jeweiligen

nationalen Vorstellungen von militärischer Transparenz spezifische Interessen. Mächtige Staaten seien in der Lage, ihre Interpretation von Transparenz schwächeren zu oktroyieren. Die VN seien das einzig rechtmäßige Rahmenwerk für die Bestimmung von Transparenz, da sie eine völkerrechtliche Basis böten und das Gros der Staaten repräsentierten. Kein Staat habe das Recht, weitergehende Forderungen zu stellen. Weil China den VN-Bestimmungen vollkommen entsprochen habe, sei die amerikanische Kritik an Chinas unzureichender militärischer Transparenz nicht angebracht.

Xu Hui, Professor am Institut für Verteidigungsstudien der Verteidigungsuniversität, befasst sich mit VBM in den sino-amerikanischen Beziehungen. Er definiert sie als Mittel, gegenseitige Unsicherheit auszuräumen. Substantiell habe der militärische Austausch zwischen China und den USA aber noch nicht wieder das Level der Zeit vor 1989 erreicht und sei im Fall einer Krise ineffizient.

Xu führt die Kooperationschwierigkeiten auf ein unterschiedliches Verständnis von VBM zurück. Die Amerikaner sähen in VBM eine wichtige Triebkraft für strategische Zusammenarbeit. Die chinesische Seite hingegen betrachte Entgegenkommen in der Sicherheitspolitik als wichtigste Voraussetzung für militärisches Vertrauen. Daher richteten die USA ihr Augenmerk auf Rüstung und Militärtechnologie, während China strategisch-politische Aspekte betone. China wolle zunächst die prinzipiellen strategischen Fragen des militärischen Austauschs klären, um dann im nächsten Schritt größere technische Transparenz zu schaffen. Das massivste Hindernis für eine engere militärische Zusammenarbeit sei die amerikanische Missachtung von Prinzipien wie der Nicht-Einmischung und von chinesischen sicherheitspolitischen Interessen, etwa in der Taiwan-Frage oder bei dem Einsatz militärischer Macht als Drohmittel. In den Kontext dieses Einsatzes gehört für den Autor auch das Waffenembargo gegen China und der Raketen-schild.

Nach Ansicht von Professor **Chen Xiancai** vom Taiwan-Forschungszentrum der Xiamen-Universität ist militärische Kooperation in der Taiwan-Straße abhängig vom wirtschaftlichen Integrationsprozess und von politischem Vertrauen. Zwar bestehe bislang nur geringe politische Übereinstimmung. Die politische Entspannung unter der amtierenden Regierung in Taiwan biete aber eine Chance, VBM in Angriff zu nehmen. Diese könnten das politische Vertrauen vertiefen und sich positiv auf das politische Verhältnis auswirken. Im Rahmen einer solchen Kooperation könne die sicherheitspolitische Lage in der Taiwan-Straße stabilisiert und ein effektives Krisenmanagement etabliert werden.

Sowohl Taiwan wie China hätten Interesse an VBM signalisiert. Die größte Herausforderung sei die unterschiedliche Zielsetzung: Taiwan wolle durch VBM seine Sicherheit erhöhen. China hingegen verstehe sie als Schritt politischer Integration in Richtung Wiedervereinigung. Separatistische Neigungen in der taiwanesischen Bevölkerung und externe Einmischung der USA und Japans hätten eine militärische Annäherung bislang behindert.

Nur die Zustimmung zum Ein-China-Prinzip könne den Weg zu militärischer Kooperation ebnen, die nicht zuletzt Transparenz in militärische Aktivitäten und taiwanische Waffenkäufe bringen sollte. Eine Abrüstung an der chinesischen Südostküste wäre aber undenkbar. Über einen Abzug der Raketen und ein »Friedensgebiet« in Fujian und der Fujian vorgelagerten, von Taiwan kontrollierten Jinmen-Inseln könne man jedoch diskutieren.

Internationale Friedensmissionen: Verantwortung oder Einmischung?

China stellt inzwischen große Truppenkontingente für VN-Missionen. Während die Experten Interventionen generell zustimmen, wird die Einmischung in Angelegenheiten fremder Staaten nach wie vor skeptisch gesehen. **Zhao Lei** vom For-

schungsinstitut für Internationale Strategie an der Zentralen Parteischule ist der Meinung, dass China mit der Teilnahme an internationalen Einsätzen größere weltpolitische Verantwortung übernimmt und den interdependenten Interessenkonstellationen gerecht wird. Auf diese Weise könne China seinem Ideal der »Harmonischen Welt« näher kommen und seine Kooperationsbereitschaft unter Beweis stellen.

Der Westen und China hätten jedoch unterschiedliche Auffassungen vom Zweck der Friedenssicherungsmissionen. Die westliche Konfliktlösungsstrategie greife tief in die innenpolitischen Verhältnisse des betreffenden Landes ein, um Demokratie und Marktwirtschaft durchzusetzen. Die Chinesen hingegen würden die wirtschaftliche Entwicklung unterstützen, das politische System aber unangetastet lassen. Aus chinesischer Sicht stehe die »Responsibility to Protect« insofern nicht im Widerspruch zum Prinzip der Nicht-Einmischung. Die VN gebe einen klaren und eng begrenzten Katalog von Kriterien vor, der bestimme, wann die internationale Gemeinschaft in einem Staat eingreifen darf.

Li Bojun, Juradozent an der Xiangtan-Universität (Changsha), bemängelt dagegen die unzureichende Verankerung humanitärer Interventionen im Völkerrecht. Die Spannung zwischen den Prinzipien der humanitären Intervention und dem Gewaltverbot der VN-Charta sei bislang nicht aufgelöst worden. Insbesondere eröffne die Rechtsunsicherheit die Möglichkeit, dass Kriege unter dem Deckmantel des humanitären Völkerrechts geführt werden und die eigenen Soldaten sich auf einen moralisch höheren Standpunkt stellen. Gerade weil humanitäre Interventionen oft nicht humanitär seien und die innenpolitischen Konflikte verschärften und verkomplizierten, seien sie mit Skepsis zu betrachten. Eine Verbesserung und Klarstellung der völkerrechtlichen Bestimmungen müsse humanitäre Interventionen wesentlich reduzieren und beschränken.

Sun Mei von der Polizeiuniversität begrüßt Chinas Teilnahme an Interventionen,

sieht den Einsatz chinesischer Polizisten aber mit einer Reihe von Problemen konfrontiert. So verfüge die Pekinger Regierung in vielen Regionen der Welt nur über unzureichende Informationskapazitäten. Das Souveränitätsprinzip verbiete China zudem häufig eine Teilnahme. Erfahrungsrückstände und Sprachbarrieren erschweren eine Führung von Einsätzen durch chinesische Kräfte. Die Polizisten seien hohen Risiken ausgesetzt. Und schließlich blockiere die schwierige inländische Koordination zwischen Ministerien Entscheidungen häufig.

Fazit

Unter Chinas Experten gibt es keine Einigkeit über den anzustrebenden Umfang, den Zuschnitt und die Rolle der chinesischen Streitkräfte. Militärvertreter scheinen mehr Fähigkeiten und eine größere Rolle der Armee zu befürworten, zivile Experten bevorzugen eine moderate Größenordnung.

Die chinesischen Experten sehen übereinstimmend die Taiwan-Frage als wesentliche Determinante in Chinas Militärdiplomatie. VBM werden grundsätzlich positiv beurteilt. Allerdings räumen einige Experten ihnen unter machtpolitischen Gesichtspunkten nur geringe Wirkungskraft ein, während andere sie im Kontext einer stärkeren globalen Interdependenz sehen.

Die Diskussion über humanitäre Interventionen dreht sich nicht mehr darum, ob sie akzeptiert oder abgelehnt werden sollen. China nimmt an ihnen teil, weil sie der Verantwortung einer aufstrebenden Macht entsprechen und das internationale Image aufpolieren können. Allerdings steht man dem moralischen Aspekt des »Humanitären« skeptisch gegenüber und möchte diese Einsatzform weitgehend einschränken.

Letztlich ist noch unklar, welche Richtung die Debatte nehmen wird. Gleiches gilt für die Zukunft des chinesischen Militärs. Machtpolitische und international-liberale Argumente stehen sich noch mit gleicher Gewichtigkeit gegenüber.

Besprochene Aufsätze

Chen Xiancai, »Liang'an junshi huxin jizhi: lilun jiangou yu shixian lujing« [Militärische Vertrauensmaßnahmen in der Taiwan-Straße: Theoriebildung und praktischer Prozess], in: *Taiwan Yanjiu Jikan*, (2009) 1, S. 22–30.

Guo Yadong, »Zhongguo yao ganyu jianshe qiangda de jundui« [China muss wagen, ein starkes Militär aufzubauen], in: *Huanqiu Shibao* (Online), 25.3.2010.

Li Bojun, »Rendao junshi ganshe yu guoji rendaoafa« [Humanitäre Militärinterventionen und humanitäres Völkerrecht], in: *Wuda Guojifa Pinglun*, (2010) 11, S. 107–124.

Sun Mei, »Zhongguo jingcha yu Lianheguo weihe xingdong mianlin de tiaozhan jidui« [Herausforderungen und Gegenmaßnahmen bei VN-Friedenseinsätzen für Chinas Polizisten], in: *Xueshu Luntan*, (2010) 6, S. 61–64.

Sun Peisong, »Zhongguo bubi zhuiqiu zui qiangda de jundui« [China muss nicht nach dem stärksten Militär eifern], in: *Huanqiu Shibao* (Online), 16.3.2010.

Wang Hongwei, »Lun junshi ruanshili shiye xia de Zhongguo junshi wajiao« [Die chinesische Militärdiplomatie aus Sicht militärischer *soft power*], in: *Gansu Shehui Kexue*, (2009) 2, S. 238–241.

Xu Hui, »Zhong-Mei junshi huxin weihe nan yi jianli« [Warum sich militärisches Vertrauen zwischen China und den USA so schwer aufbauen lässt], in: *Wajiao Pinglun*, (2010) 2, S. 22–29.

Xu Jia, »Junshi toumingdu yu Zhong-Mei junshi huxin« [Militärische Transparenz und militärisches Vertrauen zwischen China und den USA], in: *Heping yu Fazhan*, (2008) 2, S. 15–18.

Zhao Lei, »Zhongguo de guoji heping canyu zhanlüe« [Chinas Strategie für internationale Friedensmissionen], in: *Guoji Guanxi Xueyuanbao*, (2010) 3, S. 47–54.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2010
Alle Rechte vorbehalten

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6380